

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 402 23. Jan. 2008

14. Jahrgang

PRONADE – selbstverwaltete Schule oder der erste Schritt zur Privatisierung des Bildungswesens?

Seit 1992 gibt es in Guatemala nebst der staatlichen Grundschulbildung das *Nationale selbstverwaltete Programm für die Entwicklung der Bildung* (PRONADE). Offizielles Ziel dieses Programms ist die Dezentralisierung des Bildungswesens und die Mitsprache und Übernahme von Verantwortung der Eltern bei der Bildung ihrer Kinder. Das Programm wird von SkeptikerInnen als „schleichende Privatisierung der Bildung“ kritisiert. Erstmals untersuchte nun eine Studie mit dem Titel „Das Recht auf Bildung: Der Preis, den die Armen bezahlen“ die Auswirkungen, die das Programm auf sozialer und Gemeindeebene hat.

In Auftrag gegeben hat die Studie *Action Aid Guatemala* und das *Kollektiv Bildung für alle*, publiziert wurde sie 2006, gelangte jedoch erst jetzt in die Hände der "Fijáte"-Redaktion. Wir fassen für die „Fijáte“-LeserInnen die wichtigsten Erkenntnisse aus der Studie zusammen, die vollständige Version (auf Spanisch) kann bei der Redaktion digital bezogen werden.

Was ist PRONADE?

In den entsprechenden guatemalteckischen Gesetzen wird Bildung als ein Menschenrecht anerkannt. Der Staat hat die Pflicht, allen BürgerInnen eine kostenlose Schulbildung zur Verfügung zu stellen. Ebenso betonen die Gesetze die Notwendigkeit einer Bildung, welche die soziokulturellen Eigenheiten und die ethische Diversität der guatemalteckischen Bevölkerung berücksichtigt.

Die Gründung von PRONADE ist im Kontext der Strukturanpassungsprogramme der 90er Jahre von Weltbank und Währungsfonds zu sehen. Sie ist Teil einer Dezentralisierungsstrategie und soll der ländlichen und sozial ausgeschlossenen Bevölkerung den Zugang zu Bildung garantieren. Dabei wird verschwiegen, dass es gleichzeitig um die Abgabe von Zuständigkeiten seitens der Regierung geht, und die Verantwortung für Bildung und Schule an die Gemeinden und die Eltern abgeschoben wird.

Nach einer Restrukturierung des Programms im Jahr 1996 begründet das Bildungsministerium den Auftrag von PRONADE folgendermassen: „PRONADE arbeitet nach dem Prinzip von Selbstverantwortung, Solidarität, Partizipation, administrativer Effizienz und Demokratieförderung. Es richtet sich an die abgelegensten Gemeinden des Landes, wo die Bevölkerung in extremer Armut lebt.“

Um die Partizipation der BürgerInnen zu gewährleisten, werden Bildungskomitees, sog. COEDUCAs, gegründet. Lokale Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sog. ISEs, dienen als Verbindungsglied zwischen dem Bildungsministerium und den COEDUCAs und haben die Aufgabe, sowohl die COEDUCAs wie auch die LehrerInnen zu beraten und zu coachen Ausgangsbedingungen für eine Gemeinde am PRONADE-Programm teilzunehmen, sind u.a.:

a) Die Gemeinde muss in einer indigenen und ländlichen Region liegen, wo es keine anderen schulischen Angebote gibt,

die nächste Schule muss mindestens 3 Kilometer entfernt liegen.

b) Sie muss mindestens 25 SchülerInnen im Alter von 7 – 14 Jahren haben.

c) Die Gemeinde muss über die Landtitel des Terrains verfügen, auf dem die Schule steht.

Aktuelle Situation

Heute profitieren rund 455'000 Kinder in 21 der 22 Departements vom Angebot des PRONADE. Das Programm beschäftigt knapp 15'000 LehrerInnen in 4'637 Schulen, was einen Durchschnitt von 30 Kindern pro LehrerIn macht.

Gemäss Daten des UNO-Programms für Entwicklung (PNUD) gehören die Departements Alta Verapaz, Quiché, Huehuetenango, Sololá, Totonicapán, Baja Verapaz und Jalapa zu den ärmsten des Landes. 65% der PRONADE-Schulen befinden sich in diesen Departements. Dies ist positiv im Hinblick auf die Abdeckung in den ärmsten Regionen. Schaut man aber die Bedingungen an, die erfüllt sein müssen, um in den „Genuss“ einer PRONADE-Schule zu gelangen, zeigt sich, dass es die abgelegensten und ärmsten Gemeinden sind, die vom Gratis-Schulangebot der Regierung ausgeschlossen sind und für die Schulbildung ihrer Kinder im Rahmen des PRONADE-Programms finanziell aufkommen müssen.

Abhängig sein von diesen Bedingungen heisst auch, dass eine Schule vorübergehend geschlossen werden muss, wenn nicht genügend SchülerInnen vorhanden sind, auch wenn die Schule vorher jahrelang bestens funktioniert hat. Diese Massnahme widerspricht dem Prinzip der Universalität und dem Recht auf Bildung für alle Kinder, wie es in den Richtlinien des Bildungsministeriums festgehalten ist.

Laut Personen, die im Rahmen der Studie interviewt wurden, ist die zweisprachige Bildung keine Priorität von PRONADE. Die Mehrheit der LehrerInnen spricht die indigene Sprache der Gemeinde nicht, in der sie unterrichten, und die Schulbücher, die von PRONADE zur Verfügung gestellt werden, sind in spanischer Sprache.

Die Gebäude, in denen die PRONADE-Schulen untergebracht sind, variieren zwischen Bauten mit zwei Schulräumen und provisorischen Unterrichtsräumen in oder unter dem Vordach von Privathäusern mit den entsprechenden Einschränkungen, was Platz und anderweitige Nutzung dieser (Vor-)Räume betrifft.

Die Geschäftsführung

Die COEDUCAs sind als juristische Person konstituiert. Ihre Aufgabe ist die administrative Durchführung des Programms im Namen der Gemeinde. Sie bestehen aus Familienvätern und -müttern oder sonstigen Mitgliedern der Gemeinde. Das Bildungsniveau der Mitglieder ist zweitrangig, Voraussetzung ist einzig, dass sie Lesen und Schreiben können. Zu ihren Aufgaben gehört die Auswahl und Anstellung der LehrerInnen, das Bezahlen deren Honorare, das Führen der Buchhaltung, das Definieren des Schulkalenders und (im Rahmen der nationalen Vorgaben) des Curriculums sowie die Qualitätsprüfung. Diese Komitees erhalten das Geld für die Honorare der LehrerInnen direkt vom Erziehungsministerium. Ihre administrative Ausbildung liegt in der Verantwortung der lokalen Nichtregierungsorganisation (ISE).

Nebst der ihnen vom Programm übertragenen Funktionen übernehmen die COEDUCAs noch viele andere Aufgaben: Instandhaltung der Schulräume und des Mobiliars, Bewilligung (oder nicht) von Urlaub bzw. Unterrichtsbeurlaubung des Lehrpersonals sowie Einführung in den Arbeitsalltag der DozentInnen. Mangels eigener pädagogischer Ausbildung widersprechen die Kriterien für „guten Unterricht“ der COEDUCA-Mitglieder oft den Bildungskonzepten der LehrerInnen und das Monitoring verkommt zur Aufsicht oder Bewachung des Lehrpersonals. Die Freistellung von LehrerInnen, sei es wegen Krankheit oder weil sie administrative Angelegenheiten erledigen müssen, wird zu einem bürokratischen und aufwändigen Verfahren: Die Lehrperson muss einen Antrag beim Präsidenten des COEDUCA stellen, dieser beruft den Rest des Komitees ein und trägt das Anliegen der Elternversammlung vor, die eine definitive Entscheidung trifft.

Entsprechend ist der Arbeitsauf-

wand für die COEDUCA-Mitglieder mit rund 48 Stunden jährlich relativ gross. Diese Zeit wird nicht vergütet, im Gegenteil: Verpflegung während der Sitzungen und eventuelle Transportkosten fallen zu Lasten der Mitglieder.

Ein weiteres Problem ist die Korruption. Speziell Gemeinden, in denen eine Einschreibgebühr für den Schulbesuch verlangt wird, sind anfällig für Korruption. Es sind aber auch Fälle bekannt, wo die Lehrpersonen für ihre Anstellung Schmiergeld bezahlten, was ein rechtmässiges Selektionsverfahren hintertreibt.

Es gibt durchaus Gemeinden, in denen COEDUCAs und LehrerInnen eine Vertrauensbeziehung aufbauen konnten und Probleme gemeinsam angehen. In den meisten Fällen üben die COEDUCAs jedoch ausschliesslich eine Kontrollfunktion aus, was zu Spannungen führt. Verantwortlich dafür sind laut vielen LehrerInnen die ISEs, welche die COEDUCAs auf ihre „Aufgabe“ vorbereiten sollten und dabei jegliche Individualität und Berücksichtigung spezieller Situationen in den Gemeinden ignorieren. Die COEDUCAs werden instruiert, sich den LehrerInnen gegenüber wie ChefInnen zu verhalten, was in einem an hierarchische und militärische Strukturen gewöhnten Land wie Guatemala zu verheerendem Machtmissbrauch führen kann.

Von den LehrerInnen wird von Seiten der COEDUCAs auch oft erwartet, dass sie innerhalb der Gemeinde noch andere Funktionen wahrnehmen, sei es in der Redaktion von Dokumenten, in der Formulierung von Projektanträgen oder in der Leitung von Sitzungen. Nicht zuletzt wird von ihnen erwartet, dass sie bei sämtlichen sozialen Anlässen des Dorfes mit dabei sind. Durch die Abhängigkeit von den COEDUCAs ist es für die LehrerInnen schwierig, sich solchen Zusatzaufgaben zu verwehren. Gemäss der hier zitierten Studie leisten die LehrerInnen jährlich 57 Arbeitstage, die nicht in ihrem Vertrag festgelegt sind, sei dies in Form von Sitzungen im Zusammenhang mit ihrer Anstellung oder eben in Form der oben genannten Zusatzleistungen.

Auch die Rolle der ISEs ist unklar. Irgendwelche lokalen NGO können sich als ISEs „bewerben“, die Gemeinde hat kein Mitbestimmungsrecht, und umgekehrt kann eine NGO nicht wählen, in welcher Gemeinde sie die Rolle der ISE übernehmen will. Die LehrerInnen beklagen sich über die mangelnden didaktischen Kenntnisse der Fachleute der ISEs, die ihre Vorgesetzten sind. Die COEDUCAs hingegen sehen in den Fachleuten Verbündete der LehrerInnen.

Arbeitsrechtliche Situation

Die Arbeitsrechte, auf die sich im Rahmen von PRONADE angestellten LehrerInnen beziehen können, sind einerseits im nationalen LehrerInnengesetz und andererseits in der ILO-Konvention 169 über die Rechte der Indigenen Völker festgeschrieben. Unabhängig von diesen Rechten bedient sich PRONADE mit den COEDUCAs eines Anstellungsmodus' der Privatwirtschaft. Da diese die Rechtsform eines Privatunternehmens haben, können sie LehrerInnen unter schlechteren Bedingungen anstellen als das staatliche Erziehungsministerium. Für PRONADE zu arbeiten, bedeutet für die LehrerInnen, auf erkämpfte Arbeitsrechte zu verzichten. Zum Beispiel bekommen sie bei PRONADE nur einjährige Verträge, entsprechend bei mehrjähriger Tätigkeit keine Dienstalterszulage. Es ist ihnen u.a. verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sie erhalten weder Kinderzulagen noch eine Altersvorsorge. Bei staatlichen Anstellungen hingegen gehört dies alles dazu.

Diskriminierung von Frauen

Es arbeiten verhältnismässig wenige Frauen als Lehrerinnen im PRONADE-Programm. Auf die Frage, weshalb dies so sei, antworteten die Verantwortlichen von PRONADE, dass viele Frauen nicht in abgelegenen Gegenden arbeiten wollen, dass Männer diesbezüglich viel unabhängiger seien. Frauen könne auch nicht zugemutet werden, in den Schulzimmern oder sonst unzu-

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto.-Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahresabo: 55.- •

Auslandsabo: 60.- •

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/fijate

länglichen Orten zu übernachten. Ausserdem sei auch die Mehrzahl der SchülerInnen männlich. Schwangere Frauen werden nicht eingestellt und es sind Fälle bekannt, wo Frauen gedroht wurde, dass sie im Falle einer Schwangerschaft entlassen würden.

Fazit

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass PRONADE zwar Bildungsmöglichkeiten in abgelegene Regionen bringt und einer beachtlichen Anzahl von Jungen und Mädchen aus armen Verhältnissen den Schulbesuch ermöglicht, andererseits aber die Kosten für diese Bildung den Eltern der SchülerInnen aufbürdet. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die COEDUCAs ihre Macht-

position gegenüber den LehrerInnen ausspielen und ökonomische Interessen über dem Interesse an einer guten Bildung stehen. Und drittens werden durch dieses System die Arbeitsrechte der LehrerInnen ausgehebelt.

PRONADE privatisiert nicht nur die Bildung, indem zwar die Kosten für das Programm von der Regierung und internationalen Geldgebern getragen werden, die Kosten für Unterhalt und Funktionieren der eigenen Schule jedoch den Gemeinden angelastet werden.

Weiter trägt das Programm zur sozialen Destabilisierung der Gemeindestrukturen bei, indem Väter und Mütter gezwungen werden, Verantwortungen zu übernehmen, auf die sie nicht vorbereitet und für die sie nicht ausgebildet

sind. Autoritäre, parteipolitische, korrupte und machistische Strukturen finden in diesem Setting einen fruchtbaren Nährboden – dem vermeintlichen Ziel der Demokratisierung wird Hohn gespotet.

Zwar kann pragmatisch argumentiert und die Existenz einer Schule und die Möglichkeit, dass die Kinder zur Schule gehen können, befürwortet werden. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass mit der blossen Existenz einer Schule weder die Entwicklung der Gemeinde im Allgemeinen noch der Kinder im Speziellen garantiert ist. Dazu bräuchte es mindestens noch Klarheit in Bezug auf die Ziele, den Inhalt, die Methodologie und die Qualität des Bildungsangebotes.

Prozess wegen Völkermordes in Guatemala aufgehoben

Guatemala, 17. Jan. Angesichts der "Verweigerung der Kollaboration von Seiten der guatemalteckischen Autoritäten" hat der Richter des Spanischen Gerichtshofs, Santiago Pedraz, Abstand davon genommen, seine Ermittlungen in Guatemala fortzusetzen. Deswegen bat er nun die internationale Kooperation um Unterstützung in dem Untersuchungsprozess wegen Völkermordes gegen sieben ehemalige Militärs und zwei zivile Funktionäre.

Somit hebt der Richter "jedes einzelne Bittgesuch auf, dass er an Guatemala in dieser Sache gestellt hatte", informierte eine juristische Quelle. Pedraz fällt seine Entscheidung, die Mitte Januar bekannt gegeben wurde, nachdem das guatemalteckische Verfassungsgericht am vergangenen 12. Dezember den Rechtsprozess annullierte, mit dem Argument, Spanien verfüge nicht über die rechtliche Zuständigkeit, um gegen die angeklagten Guatemalteken einen Prozess zu führen. Dieses Urteil hatte noch im letzten Jahr zur Folge, dass die zwei ein Jahr und 15 Tage zuvor in Untersuchungshaft genommenen Ex-Militärs Ángel Anibal Guevara und Germán Chupina Barahona noch zu Weihnachten nach Hause durften und die Haftbefehle gegen die ehemaligen Generäle Efraín Ríos Montt und den verstorbenen Benedicto Lucas, sowie die Zivilisten Donaldo Álvarez und Pedro García Arredondo aufgehoben sind.

Auch wenn diese es mit Hilfe ihrer AnwältInnen und mehr als 35 Einsprüchen geschafft haben, zumindest auf guatemalteckischem Boden derzeit keinen Strafprozess wegen ihrer Verantwortung

für den verübten Genozid in Guatemala erwarten zu müssen, informierte Santiago Pedraz, dass die Haftbefehle nicht an Gültigkeit verlieren und er den Prozess anderweitig fortsetzen wird. Zu diesem Zweck bat er die Medien der mehr oder weniger an Guatemala anrainenden Länder Mexiko, Belize, Honduras, Nicaragua, El Salvador und die USA eine Mitteilung zu veröffentlichen, in der er darum bittet, dass wer auch immer dazu in der Lage sei, an den entsprechenden lokalen Stellen "jegliche Information über den Genozid am Volk der Maya in Guatemala abzugeben, die für die Ermittlungen dieser Verbrechen relevant sein könnte".

Für den spanischen Richter, der ob der etlichen unfruchtbaren Bemühungen offenbar langsam die Geduld verliert, ist das Gerichtsurteil ein eindeutiges Zeichen "für die Verzögerungshaltung seitens des guatemalteckischen Staates nicht nur wegen der anhaltenden Zauderei während des Verfahrens, sondern auch wegen Unterzeichnungsproblemen." "Und damit verstrickt sich Guatemala als Staat in die Verletzung der Verpflichtung, die von allen zivilisierten Staaten eingegangen worden ist, das Verbrechen des Völkermordes zu bestrafen".

Von Beginn an war dieser Prozess ein ständiges Hin und Her, hatte doch schon im Oktober 2005 das Verfassungsgericht dem spanischen Gerichtshof die nötige Zuständigkeit für den Fall zugesprochen, der im Februar 2006 seine Arbeit aufnahm, aber durch anhaltend eingereichte Einsprüche daran gehindert wurde, ZeugInnen zu vernehmen und

letztendlich die Auslieferung der Angeklagten an Spanien zu beantragen.

Derweil bewertet die Internationale JuristInnenkommission (CIJ) die Resolution des Verfassungsgerichts als repressiv und als falsche Interpretation des Internationalen Rechts. "In seinem Urteil lehnt das Verfassungsgericht die Grundlage der universalen Gerichtsbarkeit ab, auf das sich das Verfassungsgericht von Spanien für die Fälle von Völkermord beruft", so die CIJ. Ausserdem, fügen die JuristInnen in ihrem Kommuniké hinzu, hat das Gericht die Tatsache übergangen, dass auf dem Gebiet von Verbrechen gegen die Menschlichkeit die Verpflichtung besteht, gerichtlich zusammenzuarbeiten mit dem Ziel der Verurteilung und Bestrafung der Verantwortlichen.

Dieser Obligation hat sich Guatemala bereits 1950 unterworfen mit der Unterzeichnung der Konvention für die Prävention und Sanktion des Verbrechens des Genozids.

Zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft schliessen sich der Kritik an, der Staat mache sich zum Komplizen der Verantwortlichen und sei nicht daran interessiert, gegen die Straflosigkeit, die im Land herrscht, anzugehen. Die Rigoberta Menchú-Stiftung, die seit 1992 versucht, den Fall durch die Gerichtsinstanzen zu bringen, hat dieser Tage im Zusammenhang mit dem Urteil des Verfassungsgerichts Anzeige wegen ethnischen Rassismus' eingereicht und versichert, weiterhin alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den Spanischen Gerichtshof in dem Prozess zu unterstützen.

Jetzt ist Álvaro Colom am Steuer!?

Guatemala, 16. Jan. Am Montag hat der 47jährige Textilingenieur Álvaro Colom die guatemaltekische Regierungsführung übernommen. Am Vormittag war der neue Kongress eingeschworen worden, während Colom in Begleitung seines Vizes, Rafael Espada diverse bilaterale Treffen mit den zum Anlass angereisten Staatschefs und FunktionärInnen abhielt. Nachmittags fand der protokoliarische Akt im Kulturzentrum Miguel Angel Asturias statt, dem ein symbolträchtiges "BürgerInnenfest" auf dem Platz der Republik folgte, zu dem 30'000 Leute erwartet wurden.

Der Einstieg in seine Präsidentenschaftsrede war durchaus bemerkenswert: Colom bedauerte vor dem nationalen wie internationalen Forum die Tausenden von Toten und Menschenrechtsverletzungen, die während des bewaffneten internen Konflikts begangen worden waren und erkannte die Notwendigkeit an, sich dieser Vergangenheit zu stellen und die nationale Versöhnung voranzubringen. Auch wenn er es vermied, die für jene Gemetzel verantwortlichen Sektoren direkt anzusprechen, war seine Botschaft an die Armee und die Militärs jener Zeit eindeutig. Doch der Rest der 47minütigen Rede erschien mehr improvisiert als fundiert und überzeugend. Erwin Pérez fasst sie denn auch zusammen als Kehreim seiner Wahlkampagne unter einer sog. "sozialdemokratischen" Flagge: "Heute beginnt das Privileg der Armen". Die gesellschaftliche Entwicklung sei Priorität, das politische System müsse modifiziert, entwickelt werden - Colom rief auf zur nationalen Einheit. Als seinen Regierungsplan detaillierte er vier Programme: Nationalität, Produktivität, Regierungsfähigkeit und Solidarität. Daneben will der neue Präsident sich für den Tourismus, die Umwelt, die Erfüllung der Friedensverträge, den Respekt der Menschenrechte und die Religionsfreiheit engagieren. Dafür bat er die Abgeordneten die bereits auf den Weg gebrachten Gesetze zur Bekämpfung der Mafias, des organisierten Verbrechens und der Jugendbanden zu unterstützen. Er werde das Justizsystem unterstützen, um "die Straflosigkeit" zu besiegen, die im Land herrscht und kündigte einen "Kampf ohne Kaserne" gegen die "globalisierten Mafias" an.

Die ersten Ergebnisse sollen in den ersten 100 Tagen seiner Amtsführung spürbar sein.

Anstelle der Erhöhung von Steuern oder der Änderung der Steuerstruktur sprach er vom Erreichen von Vereinbarungen und Konsensen. Auch wenn er sich mit seiner "Sozialdemokratie" auf den "demokratischen Frühling" der re-

volutionären Regierungen zwischen 1945 und 1954 berief, dem durch den Sturz von Präsident Jacobo Arbenz ein Ende gesetzt wurde, schloss Colom aus, dass sein Projekt eine Bedrohung für das freie Unternehmertum und den Privatbesitz darstelle. Mit diesem Versprechen sicherte er sich das Plazet des Unternehmenssektors. Ohne anzugeben, wie er dies zu erreichen gedenkt, kündigte er an, Tausende von Arbeitsplätzen schaffen zu wollen. "Das ist ganz einfach", so sein Kommentar, schliesslich habe er das ja inmitten des Krieges auch geschafft, als er den Friedensfond FONAPAZ geleitet hatte. Mittels Kooperativen und kleinen Unternehmen will er die Produktivität fördern und ruft die Grossunternehmen zur "sozialen Verantwortung" auf. Die Wiederbelebung eines Rundtisches mit dem Unternehmenssektor soll "klare Regeln" schaffen.

Colom verspricht eine Regierung mit "Maya-Gesicht", dessen grösste Herausforderungen seien, die öffentliche Unsicherheit zu bremsen, in der täglich durchschnittlich 16 Personen getötet werden, die Situation von mehr als der Hälfte der Bevölkerung zu verbessern, die in Armut lebt und die indigene Bevölkerung aus der Ächtung zu befreien. Auch den Einschluss der Frauen erwähnte er - am Rande.

Derweil fasst sich der scheidende Präsident, Oscar Berger, kurz, bezeichnete es als eine Ehre, dem Land vier Jahr lang vorgestanden haben zu dürfen und versicherte seinem Nachfolger, diesem ein Land in "solideren und ordentlicheren" Konditionen zu überreichen, als wie er es vorgefunden hatte.

Der Zeremonie wohnten die Präsidenten von Mexiko, Brasilien, Ecuador, Venezuela, Kolumbien, Taiwan, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica und Panama, der spanische Prinz Philipp von Asturien, zehn KanzlerInnen und mehr als 1500 Delegierte bei. Die Maya-Instrumente Tum und Chirimía, die in den Gemeinden noch bei religiösen Anlässen benutzt werden, stellten die musikalische Untermalung.

Abgelöst wurde diese im Anschluss im Zentrum der Hauptstadt von 40 Marimbas und folklorischen Tänzen und Weihrauch. VertreterInnen der 23 Völker der Maya, der fast ausgestorbenen Xincas und der Garífunas in ihren jeweiligen Trachten richteten ein Grusswort an den neuen Präsidenten, doch für indigene Organisationen stellte diese Vorführung nicht mehr als eine Beleidigung und die Botschaft dar, dass die indigenen Völker für alles "Kulturelle" erhalten dürfen, was sich auf die Folklore und das entsprechende Ministerium beschränkt. Gleichwohl nutzte der

Vertreter des Ältestenrat der Maya seinen Diskurs, um mit klaren Worten den herrschenden Rassismus anzuprangern, obwohl doch alle - Reiche, Arme, Weisse, Schwarze oder Mestizen - den gleichen Wert haben und Respekt verdienen, da sie nützlich sind für die Entwicklung des Landes. Anschliessend überreichte er Präsident Colom das traditionelle Regierungszepter des Ältestenrates und liess diesen schwören, Präsident aller Guatemaltekinnen zu sein und nicht nur einer privilegierten Gruppe. Hoffentlich sei er nicht der Botenjunge der UnternehmerInnen, schloss der alte Herr unter Applaus.

Colom nutzte die Gelegenheit anzukündigen, eine indigene Botschaft zu kreieren, um die Kommunikation mit den anderen indigenen Völkern Amerikas zu fördern. Dabei machte der neue Präsident durchaus den Eindruck, sich mit der der Maya-Kultur beschäftigt zu haben und lud schliesslich die Anwesenden ein, nicht, wie üblich, mit Sekt, sondern mit "Atol de Elote", einem Getränk aus Mais, anzustossen.

Allein die auf wenige Stunden beschränkte Anwesenheit von Venezuelas Präsident Hugo Chávez sorgte für etwas Unruhe. Am Montagvormittag demonstrierten SympathisantInnen in der Gegend des Hotels, in dem Chávez untergebracht sein sollte, doch dieser erfüllte ihre Hoffnung nicht, sich blicken zu lassen. Colom wiederholte indes seine Absicht, die Möglichkeit für Guatemala zu eruieren, sich dem Energievorhaben Petrocaribe anzuschliessen. Chávez seinerseits bestätigte das Interesse Venezuelas, entsprechend in Guatemala zu investieren und mittels halbstaatlichen Erdölunternehmen die Energieversorgung des Landes zu stärken. Der guatemaltekische Unternehmenssektor hingegen kritisierte Chávez Anwesenheit und Coloms Vorhaben harsch.

Am Dienstag wurde Álvaro Colom schliesslich als Generalkommandant der Streitkräfte ernannt. Als solcher forderte er vom Militär strikte Loyalität und versicherte, selbst loyaler Chef zu sein. Während ihm der frisch ernannte Verteidigungsminister Marco Tulio García die "Unterwerfung der Armee unter die zivile Macht" garantierte, versprach Colom die Stärkung der Boden- und Lufttruppen. Guatemala brauche eine Armee, die eine Friedensfunktion erfülle, solidarisch mit der Bevölkerung bei Naturkatastrophen, und die gemeinsam mit den zivilen Sicherheitskräften den Kampf gegen das organisierte Verbrechen führe. Das Militär wird auch weiterhin die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) bei ihren Operationen gegen das gemeine Verbrechen unterstützen, kündigte Colom an.

Coloms Kabinett

Guatemala, 19. Jan. Erst wenige Tage vor Amtsübernahme gab der neue Präsident Álvaro Colom die Namen seines Kabinetts bekannt, die zwei Schlüsselpositionen des Innenministeriums und des der Verteidigung aus vermeintlichen Sicherheitsgründen gar erst am Tag seiner Vereidigung. Dies sorgte nicht nur für Zweifel an der Professionalität und Seriosität des präsidentialen Teams, dessen Zusammenstellung spätestens seit dem Sieg in der Stichwahl am 4. November und nicht erst eine Woche vor dem "Anpfiff" erwartet wurde. Schwerer noch wiegt die Kritik: Eine Frau und ein Indígena finden sich auf den Leitungsposten der insgesamt 13 Ministerien des Präsidenten, der nicht nur eine sozialdemokratische Regierungsführung angekündigt hatte, sondern gar eine mit "Maya-Gesicht und Duft nach Tamal", einem traditionellen Maisgericht. Unbeachtet dessen steht Ana Ordóñez de Molina dem Bildungsministerium vor und Gerónimo Lancerio ist Minister für Kultur und Sport. Diesem hängt zudem der "Makel" an, dass er als Unternehmensadministrator für den Agrarexportverband Agexport zuständig war, mehr als zehn Jahre in Europa gelebt hat und mehrere Sprachen spricht - aber eben als Indígena gerade einmal für den Kulturposten in Frage kommt, bemerkt der Anthropologe und Kolumnist Kajkoj (Maximo) Ba Tiul. Während indigene und BäuerInnenorganisationen sich von Colom missbraucht fühlen, schliesslich habe er Dank der Wahlstimmen aus dem Landesinneren seinen Posten errungen, häufen sich die ersten schrägen Schachzüge im und um das Bildungsministerium. Während seiner Kampagne schloss Colom einen Pakt mit dem Nationalen LehrerInnenverband ANM. Dieser schloss u.a. ein, dass die Gewerkschaft bei der Ernennung der Person mitreden dürfe, die das Ministerium leiten werde. Ausserdem sollte laut Vereinbarung das Bildungs-Selbstverwaltungsprogramm PRONADE abgeschafft werden. Doch der neue Präsident erinnerte sich dann weder an den einen noch den anderen Punkt. Ordóñez de Molina ist Betriebswirtschaftlerin und war zuständig für ein Bildungsprojekt der US-amerikanischen Kooperation US-AID, unter deren Schirmherrschaft diverse von UnternehmerInnen unterstützte Vorhaben vom vorherigen Bildungsministerium umgesetzt wurden. Fern von Coloms Partei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) sicherte sie als Finanzministerin unter Ramiro de León Carpio dem Unternehmensverband CACIF die wirtschaftliche

Grundlage. Und PRONADE läuft weiter. Zwar wurden zwei von drei KandidatInnen für die Vizeposten eingesetzt, die der ANM vorgeschlagen hatte, doch schon kurz nach Ernennung drohte der inzwischen als präpotent geltende ANM-Führer Joviel Acevedo mit landesweiten Streiks aufgrund der dritten Vizebesetzung, Ordóñez de Molina wankte und wollte schon nachgeben, Colom hingegen hält an der Entscheidung fest.

Der Rest des Kabinetts wird in zwei Gruppen charakterisiert: Die eine, hinter dem neuen Finanzminister Juan Alberto Fuentes Knight, deckt den Part der Sozialdemokratie ab, die Vergabe von Regierungsposten an die anderen gelten als politische Zahlung, sprich, Schuldigkeit gegenüber den Financiers von Coloms Wahlkampagne. Einige haben schon einmal einen Regierungsposten unter vorherigen Präsidenten innegehabt, sich als solche jedoch keinen oder vor allem keinen guten Ruf verschafft.

Neu sind drei präsidentiale Sekretariate: eins für Interinstitutionelle Beziehungen, eins für Spezielle Anliegen und eins für das Regierungskabinett, drei Räte sollen die strategischen Bereiche koordinieren: Soziale Kohäsion, Ländliche Entwicklung und Demokratische Entwicklung. Als weitere Umstrukturierungsmassnahme wird allein der *Nationale Friedensfonds* (FONAPAZ) von einem Direktor geleitet, der alle anderen Fonds dieser Art als Koordinator vorstehen wird.

Und schliesslich wird die *Präsidentiale Menschenrechtskommission* (COPREDEH), die bislang Frank LaRue geleitet hat, mit dem *Friedenssekretariat* (SEPAZ) zusammengelegt, um Funktionsdopplungen zu vermeiden. Geleitet wird das neue *Präsidentiale Sekretariat für Menschenrechte und Frieden* (SEPREDEHPAZ) von niemand anderem als dem nicht unbestrittenen bisherigen Protagonist des *Kollektivs Sozialer Organisationen* (COS), Orlando Blanco. Dessen COS-Kollege Carlos Barrera übernimmt einen Vizeposten im Finanzministerium. Zwar versichern die beiden, dass ihre Nähe, Freundschaft und Kommunikation mit Álvaro Colom auf die Gründung der *Allianz Neue Nation* (ANN) 1999 zurückgeht und die Übernahme eines Regierungspostens eine rein persönliche Entscheidung und Anerkennung ihres Werdeganges sei. Doch einige der Organisationen des COS vermuten auch hier die Begleichung von Kampagnenschulden: Das COS hatte in der zweiten Wahlrunde eine schliesslich gerichtlich suspendierte Kampagne lanciert, in der es mit Slogans wie "Wähl keine Militärs"

auf die aktive Zeit als Militärkommandant während des internen bewaffneten Konflikts von Colom-Herausforderer Otto Pérez Molina anspielten. Ein dritter Begünstigter im ehemaligen COS-Bunde ist Secil De León, Koordinator des Verbandes für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte. Ausschliesslich für seine Organisation hatte er im Rahmen der Haushaltsdebatte 2008 im Kongress Lobby gemacht und sich 1 Mio. Quetzales des Staatshaushaltes gesichert. Auch dies stiess im COS auf heftige Kritik.

Im Innenministerium wird Adela Camacho de Torrebiarte - weil zu "bourgeoise" für eine sozialdemokratische Regierung - abgelöst von einem ihrer Vizeminister, Vinicio Gómez. Camacho de Torrebiarte wird die Leitung des *Beratungsstabes in Sicherheitsfragen* (CAS) übernehmen, Gómez den gemeinsam mit seiner Vorgängerin eingeschlagenen Weg fortsetzen. So bestand einer seiner ersten Aktionen in der Entlassung von weiteren 260 Mitgliedern der Nationalen Zivilpolizei aufgrund von Vergehen oder ungeklärten kriminellen Verwicklungen.

Eine Reihe von Verwicklungen dunkelster Art umgibt bereits den neuen Verteidigungsminister Marco Tulio García Franco. Auch wenn dieser bestreitet, in letzter Zeit den Kontakt gepflegt zu haben, ist doch bekannt, dass er seine Berufung wohl dem pensionierten General Francisco Ortega Menaldo zu verdanken hat, wenn nicht gar dem Ex-Präsidenten Jorge Serrano Elías, der seit 1994 nach einem gescheiterten Putschversuch und mit diversen Korruptionsvorwürfen belastet in Panama residiert. Während Ortega Menaldo als Kopf des als "cofradía" bekannten Grüppchens innerhalb des Militärs gilt, das kurz gefasst in Verbindung stand/ steht mit dem organisierten Verbrechen und den Mafias im Land, gehörte auch der neue Verteidigungsminister der cofradía an und war unter Serrano Elías prominentes Mitglied der "Eliteeinheit" G-2 des Militärgeheimdienstes, damals geleitet von Ortega Menaldo. Unter Alfonso Portillo übernahm García Franco die Leitung des G-2. Neben García Franco hat Ortega Menaldo noch weitere seiner Leute in Schlüsselpositionen im Verteidigungsministerium gehievt. Gegen den neuen Generalinspektor Julio Villagrán wurde vor zwei Jahren wegen des Verschwindens von fünf entführten Personen ermittelt, doch die Klage wurde schliesslich fallen gelassen. Ein offener Prozess

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

dagegen hängt dem Vizeminister Carlos René Alvarado Fernández an wegen Falschaussage und Verdunklung von ihm bekannten Umständen und Tatsachen im Mord gegen Bischof Juan Gerardi.

Der Sicherheitsexperte Sandino Asturias erläutert unterdessen, dass die von Colom getätigten Besetzungen nicht der Richtung der Sicherheitspolitik entsprechen, die der Präsident im Vorfeld angekündigt hatte. Als starken "Sicherheits-Mann" in der neuen Regierung identifiziert Asturias Carlos Quintanilla, ein Ex-Militär und Eigentümer eines privaten Sicherheitsunternehmens. Quintanilla ist der neue Chef des *Sekretariats für Verwaltungsfragen und die Sicherheit des Präsidenten* (SAAS).

Leiter des *Sekretariats für Strategische Analyse* (SAE) ist Gustavo Solano, ebenfalls ein ehemaliger Militärs - und beides sind Institutionen, die im Rahmen der Friedensverträge als rein zivile Einrichtungen geschaffen wurden und den inzwischen aufgelösten Generalstab des Präsidenten ablösen sollte. Und zu guter letzt ist auch der neue Direktor des Gefängnisystems ein ehemaliger Militär.

In der ersten Session des Kongresses wurden unterdessen nicht nur die Sitze im Vorstand verteilt, der weiterhin von UNE-Mitglied Eduardo Meyer geleitet wird und drei weitere UNE-Leute vorweist, zwei Vizeposten gingen an die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) und werden vom bisherigen Fraktionschef Aristedes Crespo und der

Tochter von Efraín Ríos Montt, Zury Ríos, besetzt, einen letzten Sitz im Vorstand übernimmt die *Einheit des Nationalistischen Wandels* (UCN) und einen die Unionistas. Auch die 45 Arbeitskommissionen sind unter den Parteien aufgeteilt. Dem Zynismus zu Ehren, wird just die Menschenrechtskommission von der FRG übernommen, während deren Altvater Ríos Montt zwar im Land dem Prozess erst einmal entkommen ist und durch seine Wiederwahl als Abgeordneter eine gewisse Immunität genießt, doch der Gerichtsprozess gegen ihn und weitere militärische und zivile Funktionsträger während des internen bewaffneten Konflikts wegen Völkermordes wird von Seiten des Spanischen Gerichtshofes weiterverfolgt. (siehe separater Artikel)

Polizei-Archiv nach aussen und innen

Guatemala, 20. Jan. „Das Projekt der Wiedergewinnung des Historischen Archivs der *Nationalpolizei* (PN), das seit März 2006 vom *Menschenrechtsprokurat* (PDH) durchgeführt wird, trägt zur Aufklärung der Vergangenheit Guatemalas bei und zur Zukunftsentwicklung des Landes mit hochqualifiziertem Personal in der Registrierung und Ordnung von Daten“, präsentiert Menschenrechtsprokurator Sergio Morales dieser Tage das Engagement seiner Institution bei der Ehrung der internationalen Spezialistin Trudy Peterson, der damit für ihre Führung und technische Unterstützung des PN-Programms gedankt wurde. Morales unterstrich zudem die Bedeutung der Konservierung der Dokumente der von der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) abgelösten Staatseinrichtung, der diverse Fälle von Folter, Verschwindenlassen und aussergerichtlicher Hinrichtung während der Militärdiktaturen angelastet wird: „Mit den bisherigen Erfolgen und der Arbeit, die noch aussteht, hat sich das Land eine Gelegenheit geschaffen, mit Würde in die Zukunft zu schauen, denn mit diesem Projekt wird es uns gelingen, die Rechte auf Wahrheit, Erinnerung und Justiz in Realität umzusetzen“, so Morales. Peterson wies derweil darauf hin, dass die gefundenen Dokumenten nicht nur helfen, die Geschichte der Nationalpolizei aufzuarbeiten und zu verstehen, sondern zudem nachvollziehen zu können, wie das gesamte Land zu dem werden konnte, was es im 20. Jahrhundert war. Das Material werde für diverse Forschungsarbeiten von Nützlichkeit sein, wie soziologische Untersuchungen der interinstitutionellen Beziehungen zwischen den Staatsstrukturen und der Machtdynamik auf munizi-

paler bis nationaler Ebene.

Dagegen ist von der aktuellen rechtlichen Situation im Lande – und in der Institution selbst – keine Rede. Morales lässt bislang jegliche Intervention im Fall des Gerichtsprozesses wegen Völkermordes vermissen.

Und auch in Bezug auf die vermeintliche Professionalität seines Teams scheint er indifferent: Zum Ende des vergangenen Jahres wurden 35 Personen, die seit Beginn vor zwei Jahren an in der Konservierungsarbeit im PN-Archiv gearbeitet hatten, grundlos und ohne Zahlung von Entschädigung oder gar der ihnen zustehenden Lohnzusatzleistungen entlassen. Und mit Arbeits-

aufnahme im neuen Jahr, die zusammenfällt mit der Amtsübernahme der neuen Regierung wurden die 35 ersetzt – durch AnhängerInnen der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE), ohne jegliche Erfahrung im Bereich der Archivierung und Konservierung von Dokumenten. Doch kaum jemand der Gekündigten traut sich, die Verletzung ihrer Arbeitsrechte durch das Menschenrechtsprokurat vor ein Arbeitsgericht zu bringen, zu stark ist der Druck und die Einschüchterung durch den ehemaligen Arbeitgeber, der offenbar auch eine politische Rechnung zu begleichen hat. Im Präsidentialen Wahljahr 2007 ist Sergio Morales in seinem Amt bestätigt worden.

Nein zur Erdölexploration

Alta Verapaz, 11. Jan. Noch vor dem Amtswechsel bot der „alte“ Bürgermeister von Cobán, Alta Verapaz aufgrund des Druckes der Gemeinde, als einer von wenigen der Erdölfirma *Petrolatina Guatemala* die Stirn und zog die Anfang Dezember mit dem Unternehmen geschlossenen Vereinbarung zurück. Diese sah die Konzession an *Petrolatina* zur Exploration, sprich Erkundung von Erdölvorkommen, in der kommunalen Finca Salinas Nueve Cerros vor. Am Tag der Unterzeichnung jedoch deklarierte der Stadtrat just diese Region zur Schutzzone. Dieser Schritt war die strategische Antwort auf die Ablehnung des Erdölunternehmens, seine Untersuchungsbohrungen auf einen kleinen Bereich des Terrains zu beschränken und zu der im Minengesetz festgelegten Abgabe von 1% des Gewinns der zukünftigen Erdölförderung zusätzlich 1%

an die Kommune zu zahlen. Das Unternehmen argumentierte unterdessen, bereits ausreichend Infrastrukturprojekte in der Zone durchzuführen. Der ausgeschiedene Bürgermeister von Cobán, Gustavo Leal, wies jedoch darauf hin, dass die als „Bonbons“ ausgewiesenen Leistungen des Unternehmens in erster Linie diesem selbst und seinem Personal zu Gute kämen.

Die Stadtverwaltung hat bereits die Staatsanwaltschaft um Unterstützung gebeten, um *Petrolatina* zu verpflichten, die bereits verursachten Schäden, wie Erdölauflüsse und den Ausstoss von giftigen Gasen dort, wo die Exploration und zum Teil Förderung stattfinden, zu reparieren und wiedergutzumachen. Doch *Petrolatina* ist nur dazu bereit, wenn ihr die Stadt einen neuen Vertrag nach ihrem Gusto anbietet.